

DIE ROLLE DES HEERES IN DER UNGARISCHEN INNENPOLITIK IN DER ERSTEN HÄLFTE DER DREISSIGER JAHRE

VON

GYULA VARGYAI

Die Anzeichen einer Erschöpfung des Bethlenschen Regierungssystems traten schon am Ende der zwanziger Jahre zutage. Die Auswirkung der weltweiten Wirtschaftskrise beziehungsweise die Politik, welche diese zu beantworten suchte, boten die Möglichkeit für eine Änderung der politischen Struktur in dem Sinn, dass die Rechte, die durch die Konsolidation an Raum verloren hatte, einen Versuch zur Rückgewinnung ihrer früheren Position unternehmen konnte. Was der Reichsverweser gegenüber Károly Rassay, im Zusammenhang mit der Demission der schon von vornherein als provisorisch angesehenen Regierung Gyula Károlyis so prägnant formulierte – „Gyula Károlyi ist mein bester Freund. In die Szegeder Regierung hat er mich berufen. Ich muss es aber einsehen, dass es in den heutigen Zeiten einer stärkeren Hand bedarf“¹ – konnte eindeutig darauf hinweisen, dass der Regimepolitik eine Änderung bevorstand.

In unserem Artikel versuchen wir die Frage zu beantworten, welches Verhalten das Heer in den Jahren der Verschiebung nach rechts – die bis zum Versuch der Schaffung einer markanteren Rechtsdiktatur, sodann zur Verwerfung des Versuchs führten – in der Innenpolitik bekundet hat, wie es seine Funktionen versah.

Wir befassen uns mit dem Verhältnis des Ministeriums für Landesverteidigung beziehungsweise des Generalstabs zum Innenministerium, mit den Zügen des Exekutiveinsatzes des Heeres, der Erfolge zeitigte und auf Planungsebene in Erscheinung trat, mit dem Recht der Heeresangehörigen zum Waffengebrauch. Wir berühren die „Rechtspolitik“ der militärischen Führung: wir berichten über die rechtsorientierten Bewegungen unterstützende, duldende Tätigkeit des Heeres und über die innerhalb der bewaffneten Macht realisierten Kampagnen, deren Tongebung auf manchen Gebieten zur Ausweitung der Thematik der rechtsgerichteten Manifestationen auch selbst beigetragen hat. Wir erörtern auch jenes Verhalten des Heeres, das gegen die linksorientierten Bewegungen ausgerichtet war. Wir betrachten die Ermittlungs- und Rechtsprechungstätigkeit des Heeres in Angelegenheiten von Zivilpersonen und jene Funktionen, welche die militärische Führung hinsichtlich der Einschränkung der politischen Freiheitsrechte übernommen hat.

1. Das Ministerium für Landesverteidigung und das Innenministerium gestalteten auf einer Anzahl von Gebieten die Zusammenarbeit: im politischen und operativen Sinn, im Austausch von Informationen. Die Kooperation wurde durch die von militärischer Seite erhobenen Einwände auch dann nicht beschattet, wenn das Ministerium für Landesverteidigung unter Berufung auf Scheingesichtspunkte versuchte seine Meinung auch in solchen Fällen hörbar zu machen, in denen der Wirkungskreis der inneren Verwaltung selbst eine konsultative Assistenz nicht beansprucht hat. Die Beziehungen der beiden Ressorts wiesen auch im Sinne der Verwaltung keine von den normalen abweichende Eigenheiten auf. Auch in politischer Hinsicht fiel eine Beiordnung spezifischen Sinnes in die Augen, welche die im individuellen Sinn in Erscheinung tretenden Anomalien filtrierte und unwirksam gemacht hat.

2. Die Beziehungen des Generalstabs und des Innenministeriums wiesen schon in einem grösseren Ausmass auf die innenpolitischen Funktionen des Heeres hin: die vom Generalstab ausgehenden Initiativen politischen Inhalts waren zahlreicher, — dies formulierte sich auch in der Abgrenzung der defensiven Wirkungskreise. Die Beziehungen des Generalstabs und des Innenministeriums wurden durch den Austausch von Informationen solchen Charakters ergänzt, der viel ausgedehnter und tiefer war als die Zusammenarbeit der beiden Ressorts ähnlichen Charakters.

Die Regelung des defensiven Wirkungskreises wies übrigens nicht auf besondere Ansprüche der militärischen Führung hin. Im Oktober 1931 betonte der Generalstabschef: in der Ermittlungsphase ist es schwierig den militärischen Charakter einer Angelegenheit oder dessen Mangel festzustellen, und war der Meinung, dass „... diese Nachteile meines Erachtens beseitigt werden können, wenn die Zivil- und Militärorgane, die berufen sind in Verbrechen des Landesverrates vorzugehen, im vollsten Einklang miteinander zusammenarbeiten, namentlich in Fällen, wo Zweifel darüber besteht, ob die betreffende Straftat der Zuständigkeit der zivilen oder der militärischen Strafgerichtsbarkeit, eventuell teils der einen, teils der anderen angehört... in Verratsprozessen, in denen infolge ihrer Natur zivile und militärische Behörden parallel vorgehen, soll an den seitens des Zivilgerichts geführten Verhandlungen ein Vertreter der zuständigen Militärbehörde als Experte teilnehmen...“. Der Chef des Generalstabs verschloss sich übrigens einer Gegenseitigkeit seines Antrags nicht². Im Herbst 1932 aber berief sich der Generalstabschef in einer für den Innenminister verfassten Aufzeichnung auf eine Praxis, die die Spionageangelegenheiten militärischen Charakters noch strikter auslegt. Der Chef des Generalstabs schrieb: „... infolge der durch die Reduzierung des Staatshaushalts erforderlichen starken Sparmassnahmen und der auffallend bedeutenden Vermehrung der Vollzugsangelegenheiten der Spionageabwehr wurden die seitens der Vollzugsunterabteilung der Spionageabwehr einzuleitenden Feststellungen... ausschliesslich auf die Angelegenheiten der Militärspionage beschränkt. In Angelegenheiten nicht militärischer Natur oder Beziehung, beziehungsweise in solchen, wo der Verdacht oder die Möglichkeit einer Militärspionage nicht zu bestehen scheint, wird der Spionageabwehr-Voll-

zugsdients zukünftig nur in ganz aussergewöhnlichen Fällen Feststellungen vornehmen".³

In der Beziehung zwischen Generalstab und Innenministerium erschien auch die operative Zusammenarbeit intensiver: zeitweilig unternahmen sie gemeinsame Aktionen. Am 30. März 1931 schrieb z. B. der Leiter der Nachrichtenabteilung des Generalstabs an den Innenminister wie folgt: "... gelegentlich der ... in Hajmáskér und Umgebung, sowie ... in Diósgyőr und Umgebung gemeinsam mit den Organen des unter der weisen Leitung Euer Exzellenz stehenden Ministeriums abgehaltenen Razzien gelangten zahlreiche interessante Angaben zur Kenntnis der „K“ (kémelhárító = Spionageabwehr Gy. V.) Organe der Landesverteidigung, gleichzeitig wurde auch die Beruhigung gewonnen, dass in diesen vom Gesichtspunkt der Landesverteidigung zu schützenden Gebieten nach Möglichkeit jedes Individuum kontrolliert wurde ... ich würde es für sehr vorteilhaft halten, wenn in naher Zukunft auch in Sopron sowie Pécs und Umgebung ferner in den nordöstlichen Teilen des Landes solche Kontrollen durchgeführt würden. Falls Euer Exzellenz in diesen Gebieten vom eigenen Gesichtspunkt aus die Durchführung von Razzien planen würden, würde ich es für zweckmässig erachten, die Spionageabwehrkontrollen — wie in der Vergangenheit, so auch jetzt — zwecks Sicherung des Erfolges gemeinsam durchzuführen".⁴

Obwohl in den Beziehungen zwischen dem Generalstab und dem Innenministerium mehr als politisch zu bewertende Momente zu verzeichnen sind als im Falle der Ressorts, kann ein irgendwie überwuchernder Charakter der militärischen Gegenwart nicht wahrgenommen werden. Bei dieser Feststellung wollen wir darauf hinweisen, dass selbst die als klassisch qualifizierbaren liberalen Staaten die Kontrolle der Defensivorgane dem parlamentarischen Rahmen entgleiten liessen, so brachte die Tätigkeit der militärischen Kreise auch in einer solchen Phase der Staatsentwicklung, da das Primat der Exekutive zum Teil schon durch faschistische, faschistoide Lösungen untermauert war, auch hier keine abweichenden Tendenzen zustande.

3. Den Exekutiveinsatz des Heeres bewerten wir als einen der entscheidendsten Komponenten der Tätigkeit der militärischen Führung, welche die Innenpolitik betrifft. In dem nach dem Sturz der Räteregierung entwickelten politischen Modell — das im grossen und ganzen bis zum Herbst 1920 eine durch verschiedene Faktoren eingeschränkte Variante der Militärdiktatur war — war der Exekutiveinsatz des Heeres bloss eine Anteilbefugnis, welche die Bethlensche Konsolidation derartig in den Hintergrund gedrängt hatte, dass dies für die militärische Führung selbst die Möglichkeit einer politischen Zurückforderung erschwerte. Die Revision dieses Zustandes vermochten zu Beginn der 30er Jahre auch mehrere Faktoren zu begründen: vor allem freilich die Tatsache, dass die Anzeichen einer Krise des Bethlenschen Regierungssystems von vornherein die Möglichkeit dazu boten, dass auch die militärische Führung in innenpolitischen Fragen ihre Meinung wirksamer formuliere, nötigenfalls auch anhand eines Einsatzes der Exekutivmittel.

Das Ministerium für Landesverteidigung entschloss sich anfangs 1931 den Exekutiveinsatz des Heeres von Grund auf zu regeln: die Initiative hierzu boten die Ereignisse vom 1. September 1930 in Budapest. Diese Stellungnahme ist nicht allein deshalb von Bedeutung, weil sie durch Auflösung der Verwaltungskategorien ein Licht auf das Ausmass der potentiellen Konzeptionen des Heeres werfen kann — dies dämpfte nur die Bereitschaft der militärischen Führung zur Bietung von Konzessionen in den meisten Beziehungen —, sie ist aber auch darum wichtig, weil sie im engsten Zusammenhang mit der Tagesordnung des kaum drei Wochen später zusammentretenden Kronrates stand. Wie bereits erwähnt, haben die Vorfälle vom 1. September 1930 die Exekutivkonzeptionen der militärischen Führung stark beeinflusst, somit konnten die Initiativen des Reichsverwesers mit ähnlichem Beweggrund im Kronrat mit der Zustimmung des Ministers für Landesverteidigung Gömbös rechnen. Die in der Exekutivkonzeption dem Ministerpräsidenten in Aussicht gestellten Entscheidungsmöglichkeit aber formulierten zum Grossteil die Vorsicht des Ministers für Landesverteidigung gegenüber dem Ministerpräsidenten Bethlen, sie konnten aber auch die weiteren Ambitionen Gömbös's zum Ausdruck bringen. Die Rolle des Ministers für Landesverteidigung im Kronrat gestaltete folgendes: er unterstützte den Standpunkt des Reichsverwesers so, dass er inzwischen dem Ministerpräsidenten Konzessionen bot, und diese bezüglich der Exekutive ausarbeiten liess. Wir sind der Meinung, dass Gömbös im Kronrat im Interesse seiner Regierungsambitionen eine wichtige Rolle gespielt hat.⁵

In einem Teil der Exekutivkonzeption rechnete er mit einer solchen Variante, dass die politische und militärische Führung auf dem gesamten Landesgebiet funktionsunfähig wird. In diesem Fall „... übernimmt im Landesteil östlich der Donau die staatliche Exekutivgewalt sowohl in der Militär- wie auch in der Zivilverwaltung der Kommandant der 7. gemischten Brigade, im Teil westlich der Donau der Kommandant der 3. gemischten Brigade als bevollmächtigter General der Gebiete diesseits beziehungsweise jenseits der Donau, die diese so lange ausüben, bis die Faktoren der obersten Staatsgewalt ihre Freiheit nicht wieder erlangen. Neben die genannten Brigadekommandanten werden sich mit einer auf das gesamte Gebiet des Kommandos erstreckenden Befugnis zwecks Durchführung der Zivilverwaltungsaufgaben Regierungskommissare ernannt. ... und zwar der Obergespan des Komitats Zala György Gyömörei ... und der Obergespan Emil vitéz Borbély Maczky.“ Ausserdem, dass diese beiden rechtsorientierten und für ihre Beziehungen zu Gömbös bekannten Obergespane in diesem Sinn in Kombination gezogen wurde, erwähnte die Stellungnahme bezüglich des Verhältnisses zwischen den Regierungskommissaren und den kommandierenden Generälen so viel, dass erstere verpflichtet waren im Einklang mit den Absichten der Brigadegeneräle zu handeln, und wenn „... die Ansichten des Brigadegenerals und des ihm beigeordneten Regierungskommissars in irgendeiner Frage voneinander abweichen würden, die Ansicht des Brigadegenerals entscheidend ist und der Regierungskommissar in diesem Sinne handeln muss“. Hervorzuheben ist noch, dass die

Brigadegeneräle nur eine Zielbezeichnung erhielten, in ihrem Handeln hätten sie mit keinerlei Beschränkung rechnen müssen: „... sie sollen stets von dem Bestreben durchdrungen sein das verfassungsmässige Leben auf dem gesamten Landesgebiet wiederherzustellen und dass die in ihrer Funktionsfreiheit behinderten Faktoren der obersten Staatsgewalt ihre Handlungsfreiheit wieder zurückgewinnen. Zwecks Erreichung dieses Zieles haben sie alle Mittel – bewaffnete Gewalt, Gerichtsbarkeit, Verwaltung – unverzüglich auszunutzen.“

Wir wollen jedoch betonen: die tatsächliche Praxis des Exekutiveinsatzes wies ein von der Konzeption der militärischen Führung abweichendes Bild auf – den sekundären Charakter des Exekutiveinsatzes des Heeres. Wir konnten auch kein derartiges Bestreben wahrnehmen; das auch nur auf einem Teilgebiet irgendeine zur Selbständigkeit modellierbare Beziehung des Entwurfes geltendmachen wollte. Freilich rechneten die Entwürfe mit einer Situation, deren Kriterien selbst der 1. September 1930 nur zum Teil verwirklicht hat. Die Frage aber, ob die militärische Führung selbst bestrebt war eine solche Situation zu schaffen, die zur Durchsetzung der Exekutivkonzeptionen Möglichkeit geboten hätte – wollen wir in einem anderen Zusammenhang beantworten.

4. Die Frage des Waffengebrauchs des Offizierkorps war nicht mit dem Exekutiveinsatz des Heeres verbunden, immerhin schuf aber die rechtliche Möglichkeit, die den Offizieren „zum Schutz ihrer Ehre“ zur Verfügung stand, häufig Konfliktsituationen politischen Charakters. Und dass die militärische Führung über die wiederholte Ummauerung diese Rechtes hinausgehend auch auf dem Gebiet der Folgen die Gestalter dieser Praxis in Schutz nahm und zwecks Abwehr der privatrechtlichen Verantwortung Schritte unternommen hat – lag auf der Hand.

Das Waffengebrauchsrecht der Offiziere regelte bis zum G. A. 2 vom Jahr 1930 das im kaiserlichen Patent vom Jahr 1855 enthaltene militärische Strafgesetzbuch, und die Tatsache, dass das neue ungarische Militärstrafgesetzbuch die Verfügungen des ersteren fast unverändert übernommen hat, weist klar auf die Erhaltung einer Institution hin, der man sich auch vom ständischen Gesichtspunkt aus nähern kann: der dem Offizierkorps zur Verfügung stehende Waffengebrauch brachte die kastenartige Position der Begünstigten zum Ausdruck – mit einem modernen politischen Inhalt, der die Innenpolitik begleitende Tätigkeit des Heeres vielleicht nicht gestaltet, doch immerhin gefärbt hat.⁶

5. Die Prüfung der „Rechtspolitik“ der militärischen Führung erfordert die Analyse mehrere Fragen. Es sind die Beziehungen des Heeres zu den rechtsorientierten Bewegungen zu klären, sowie auch deren Beurteilung von seiten der militärischen Führung. Wir versuchten auch jene Fäden aufzutrennen, welche das Heer mit der „aulischen“ und zuweilen auch seitens der Regierung unterstützten Rechten verbunden haben: wir berücksichtigen die Tätigkeit der Frontkämpfer, der mit goldenen Tapferkesmedaille Ausgezeichneten und der extrem rechtsorientierten Organisationen der Universitäten, sofern sie in dieser Hinsicht etwas auszusagen hat. Wir berühren die sich mit den Schützenvereinen und dem Heldenorden

ausgestalteten Beziehungen. Wir sprechen von den im Heer angeregten politischen Kampagnen, von der privilegierten Unterbringung der Abgerüsteten in den niedrigeren Regionen des Staatsapparats. Wir verweisen auf die in diesen Fragen gespielte Rolle Gyula Gömbös's als Staatssekretär Minister und Ministerpräsident.

Die ersten Angaben unserer Forschungen berichten über die Beurteilung des Verhaltens von Militärpersonen, die die Tätigkeit der agonisierenden dann zerfallenden Partei der Rassenschützer und sonstiger extrem rechtsorientierter Fraktionen unterstützt haben: sie unterschieden – allerdings nicht eindeutig – zwischen den aktiven und pensionierten Mitgliedern des Heeres. Bei letzteren gelangte man zumeist nicht einmal bis zur Mahnung. Die politische Betätigung der Aktiven wurde hingegen – zumindest laut Formulierung der Offiziersbefehle – weniger toleriert. In ihren Folgen gestaltete sich natürlich die Beurteilung des pensionierten Ferenc Szálasi und seiner Bewegung anders⁷.

Im Dezember 1931 ergaben sich Vorfälle, die darauf hinwiesen, dass es im Offizierskorps des Heeres, vielleicht sogar unter den Generälen Personen gibt, mit denen die sich auf einen Putsch vorbereitende Rechte rechnen kann. Der sog. Vannay-Schill-Putsch signalisierte klar, dass es im Heer Kräfte gibt, die die politische Verschiebung nach rechts nicht befriedigt hat. Der Vannay-Schill-Putsch kann übrigens in jenen Prozess eingestuft werden, den primär die Radikalisierung der rechtsorientierten Bewegungen und die Verschiebung der Regierungspolitik nach rechts geformt hatten: Biatorbágy und das Standrecht, der Sallai-Fürst-Prozess zeigten die Doppelnatur der Ereignisse, die in ihren politischen Folgen das Zustandekommen einer Regierung „der starken Hand“ gefördert haben. Auf diesen Doppelcharakter wiesen das im Putsch gefällte milde Urteil und im Fall der Zivilangeklagten die Niederschlagung des Prozesses durch den Reichsverweser hin.⁸

Das Verhalten der militärischen Führung kann durch die mit der Organisation der Frontkämpfer verbundenen Reagierungen im gewissen Sinn als repräsentativ gestaltet werden. Die extrem rechtsorientierte Tätigkeit der Frontkämpferorganisationen war den Führern des Heeres bekannt, was inhaltlich auch das zum Ausdruck brachte, dass sie den politischen Kurs Gömbös's – von rechts – unterstützt und opponiert haben. Was die Reagierung der militärischen Führung betrifft: das Bestreben die Bewegung zu enteignen gestaltete sich zur Tendenz. Mit ähnlichen Komplikationen war die Organisation der mit der goldenen Tapferkeitsmedaille Ausgezeichneten verbunden, obwohl sich diese von den Frontkämpfern insofern unterschied, dass sie sich auf einen weniger weiten Kreis ausdehnte und nicht so eng mit den Konzeptionen der extrem Rechten verbunden war.

Wenn auch die militärische Führung hierzu nicht die Initiative ergriff, unterhielt sie doch auch ihre Beziehungen zu den Vereinen der im Entstehen begriffenen Konterrevolution, namentlich zum MOVE (Ungarischer Landesschutzverein), der die mit der goldenen Tapferkeitsmedaille Ausgezeichneten und die Frontkämpfer in ihrer Tätigkeit zu unterstützen trachtete, aber auch die Person Gömbös's „aufspielte“.⁹

Gewisse Verbindungen brachten auch jene Ansprüche zustande, die die Organisationen der Universitäts- und Hochschulhörer an die militärischen Kreise richteten. Im Laufe Reagierungen war man jedoch von militärischer Seite bestrebt den politischen oder als solche qualifizierbaren Gesten aus dem Wege zu gehen. Eine Unterstützung boten sie nur dort, wo dies mit der militärischen Ausbildung der Hörer zusammenhing. Freilich konnte sich auch letzteres zu einer – nicht ungefährlichen – politischen Frage gestalten.¹⁰

In den Bestrebungen, die das Zustandekommen und die Förderung von Schützenvereinen ugierten, traten die Faktoren, welche die Nachteile des Ergänzungssystems auszugleichen wünschten, gleichzeitig mit jenem politischen Inhalt auf, in dem die Kluft zwischen den Absichten der militärischen Führung und der Wirklichkeit entstanden ist. Im Jahr 1935 nahmen in der Tätigkeit einzelner Schützenvereine die rechtsgerichteten Manifestationen bereits einen Charakter an, der selbst über die ausdehnend gedeuteten Absichten der zweiten Regierung Gömbös's weit hinauszeigte. Ein Beispiel dafür wie die rechtsorientierte Tätigkeit der Schützenvereine im Interesse der Rechten genutzt wurde, bietet das Verhalten des Oberstuhlrichters von Gödöllő László Endre, der einzelnen Gruppen der extremen Rechten – anhand der seitens der Schützenvereine gebotenen Möglichkeiten – Waffen zukommen liess. Das Ministerium für Landersverteidigung aber griff in die Sache im politischen Sinn nicht ein, bloss hinsichtlich der Übergabe der Waffen traf es strengere Massnahmen.¹¹ Die Vorfälle die das Verhalten der militärischen Führung hinsichtlich der Schützenvereine vergegenwärtigten sind ein Beispiel für die noch weiter wendbaren Möglichkeiten der „Rechtspolitik“ des Heeres.

Die Führer des Heeres unterhielten intensive Beziehungen zum Heldenorden (vitézi rend), obwohl hier die Charakteristiken, die sich aus der ziemlich komplizierten Lage des Ordens ergaben, nur sekundär in Erscheinung traten: der Heldenorden war insofern mit dem politischen System verbunden, dass dieses wohl auch einen Teil der Folgen, die sich aus den Umständen dessen Entstehung ergaben, in Frage stellte, aber die Möglichkeit einer Zurückweisung auf 1920 nicht ausschliessen konnte. Diese Eigentümlichkeit wurde jedoch durch die autonome Tätigkeit des Ordens und seiner zum Innenministerium ausgestalteten Beziehungen geformt.¹² Über die „Rechtspolitik“ der militärischen Führung berichten auch die im Heer verwirklichten Kampagnen politischen Charakters, die sich in inhaltlicher und formaler Hinsicht häufig nicht nur den Manifestationen der aulischen Opposition des Kurses, sondern auch den Attitüden der extremen Rechten näherten. Diese Kampagnen hatten auch eine Funktion, die den offensichtlichen Hindernissen der Kriegsbereitschaft des Heeres das Gleichgewicht halten wollte, und zwar anhand einer Ablenkung der Aufmerksamkeit, der Umstand aber, dass der Initiator dieser Kampagnen fast in jedem Fall der Minister für Landesverteidigung Gömbös war, wies darauf hin, dass der Minister für Landesverteidigung einige Requisiten Rassenschützer-Vergangenheit auch damals zum Ausdruck bringen konnte, als er als Mitglied des Kabinetts Bethlens selbst die Kom-

promissvarianten seiner früheren Ansichten nicht bekennen hätte dürfen, indem das die Vorbedingung für seine Ernennung zum Minister war. Im Januar 1930 verfügte der Minister für Landesverteidigung, dass „der Gebrauch des „tárogató“ (ungarisches Holzblasinstrument), als eines auf lange Vergangenheit zurückblickenden ungarischen Musikinstrumentes gelegentlich von Platzmusiken und Konzerten, bei Zapfenstreichen und Wachparaden, ferner im Lager- und Kasernenleben . . . mehr als bisher zur Geltung komme, damit dieses Musikinstrument seine den alten ungarischen Traditionen entsprechende Rolle in der ungarischen Armee wieder erfüllen könne.“ Nicht viel später brachte er die sog. Spielmanngruppe („regőcsoport“) zustande. Der Minister verständigte die Munizipien, dass er diese Gruppe errichtet hat, „ . . . die durch das ganze Land wandern mit Wort, Lied und zündender ungarischer Musik . . .“ das Heer popularisiert. Gömbös teilte den Komitaten auch mit, dass „ . . . die . . . Gruppe . . . im Rahmen eines von mir streng festgesetzten und gutgeheissenen Programms auftritt . . . vom Programm nicht abweichen, . . . an diesem keinerlei Änderung durchführen . . . von niemandem eine Anweisung empfangen darf . . .“¹³ Zur politischen Kampagne wurde im Heer auch die Betreibung der Namensmagyarisierung, was jedoch infolge seines neubarocken Charakters in Widerspruch zur Forderung der rechtsgerichteten Tongebung geriet, die breitere Volksschichten zu bewegen wüschte.¹⁴ Gömbös gestaltete die im Heer durchgeführte Gehaltsregelung eindeutig zur politischen Kampagne, deren kalkulierte Wirkung aber die infolge der Weltwirtschaftskrise angeordneten allgemeinen Gehaltssenkungen nicht allein auslöschten, sondern auch dazu beitrugen, dass im Offizierskorps des Heeres die Unzufriedenheit im sozialen Sinn einen solchen politischen Inhalt gewinne, der abermals nur die Rechtsorientierung kräftigte.¹⁵

Gömbös trachtete auch die Sporttätigkeit der Mitglieder des Heeres durch Schaffung von geeignet erachteten Formen mit einem politischen Charakter auszustatten. Seinen Absichten entsprachen am besten die Veranstaltungen der Heeressportwoche, die seit 1930 alljährlich abgehalten wurden. Nach Veranstaltung der ersten Sportwoche schrieb der Minister für Landesverteidigung — nachdem er das Erreichen der gesteckten Ziele feststellte — dem Chef des Generalstabs: „ . . . als ich mich zur Veranstaltung der Heeressportwoche entschlossen habe, leitete mich der Gedanke einerseits all das, was an Urkraft, Geschicklichkeit, körperlichen Fähigkeiten in den Offizieren unserer Armee verborgen ist, ans Tageslicht zu bringen, andererseits zu beweisen, dass die körperlichen und seelischen Faktoren denen der weltweit bekannte ungarische Mannesmut entspringt, noch nicht schlummern . . .“¹⁶ Die Frage der Unterbringung der vom Heer Abgerüsteten im öffentlichen und Privatdienst kann nur in einer gewissen Beziehung als politische Kampagne qualifiziert werden. Die Absicht die Nachteile des Ergänzungssystems auszugleichen schuf jedoch auch eine Möglichkeit, durch die personelle Zusammensetzung der unteren Regionen des öffentlichen Dienstes den Ansprüchen der militärischen Führung — aber im Falle einer markanteren Rechtsverzerrung auch entgegen jenen — geändert werden kann.¹⁷

All das, was die Ernennung Gyula Gömbös's zum Staatssekretär, Minister und Ministerpräsidenten bedeutete, wurde zum Bestandteil der „Rechtspolitik“ des Heeres. Das alles war mehr als eine persönliche Frage der ungarischen Politik, obwohl wir zu betonen wünschen, dass mit Gömbös nicht die Rechte, sondern ein prominenter Repräsentant dieser in die Nähe der Macht, sodann zur Macht kam – mit dessen sämtlichen Konsequenzen, die naturgemäss die Raumgewinnung und die Perspektiven der Gegner der durch die Konsolidation zustande gekommenen Verhältnisse zum Ausdruck brachten.

Gömbös verfügte als Staatssekretär über keine grösseren Bewegungsmöglichkeiten in der militärischen Führung, bei der Entscheidung militärischer Fragen im direkten Sinn konnte er kaum mitsprechen. Dies bedeutete aber auch, dass er sich in anderen – so auch in politischen – Beziehungen selbständig machen konnte. Das fiel z. B. auch dann auf, wenn er als Staatssekretär seinen Minister in den Sitzungen der Regierung vertrat, und dort seine Ansichten im Namen der militärischen Führung vortrug.¹⁸ Auf die ungemein komplizierte Lage des Staatssekretärs Gömbös weist auch, dass er der militärischen Führung anhand von Gesten, die er den politischen Faktoren, und vor allem dem Ministerpräsidenten Bethlen bot, das Gleichgewicht zu halten trachtete.¹⁹

Der Minister für Landesverteidigung Gömbös war demgegenüber schon weniger vorsichtig, was – wenn auch nicht eindeutig – mit der Schwächung der Positionen des Ministerpräsidenten im Zusammenhang war. Im Verhältnis zwischen Gömbös und Bethlen bildete ein unverändertes Element, dass der Minister für Landesverteidigung bestrebt dem Regierungschef mit Informationen aufzuwarten die seine Person füglich wichtig erscheinen liessen,²⁰ doch formte deren leicht erkennbaren Kontrapunkte der Umstand, dass sich Gömbös selbst in seinen dem Ministerpräsidenten zur Kenntnis gebrachten Stellungnahmen jenen Ansichten näherte die die Regierungspolitik von rechts in Frage stellten.²¹ Die Ambitionen Gömbös's konnten auch für Bethlen kein Geheimnis sein, dessen taktische Zugeständnisse strategische Gefahren in sich bargen.

Nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten behielt Gömbös auch das Ressort der Landesverteidigung. Diese Personalunion schuf eine recht eigentümliche Situation. Nachdem Gömbös als Ministerpräsident über so konzentrierte Machtmittel verfügte, denen im rechtlichen Sinn nur der ihn ernennende Reichsverweser und die sein Regierungsprogramm mit grosser Mehrheit akzeptierende Gesetzgebung, politisch aber gleichfalls das Staatsoberhaupt und die die Gesetzgebung beherrschende Regierungspartei das Gleichgewicht halten konnten, verminderten sich seine als Minister für Landesverteidigung getätigten politischen Handlungen. In gewissen Situationen hingegen konnte man verwaltungsrechtlich kaum bestimmen, in welcher Eigenschaft Gömbös verfügt hat. So war es beispielsweise als sich Griechenland für ungarische Fliegerabwehrkanonen interessierte: der Ministerpräsident formulierte ziemlich prosaisch, dass man aus dieser Möglichkeit Geld schaffen könne. Und obwohl im Ministerium für Landesverteidigung das Präsidium die Akzeptierung mehrere

Einzelheiten des griechischen Angebots für bedenklich hielt, blieb Gömbös bei seinem Beschluss, was der Generalstabsschef wie folgt zur Kenntnis nahm: „... die Entscheidung des Herrn Ministerpräsidenten nehme ich zur Kenntnis, durch diese Entscheidung gewinnt die Meinung des Präsidiums – mit der ich mich übrigens vollauf einverstanden erkläre – eine verantwortliche Deckung“.²² Gömbös rechnete als Ministerpräsident bei Verwirklichung seiner Ziele in dem Sinne nicht mit den Funktionen des Heeres, die in der Lage sind die Innenpolitik zu gestalten, dass diese eine autonome Geltung gewonnen hätten. Der Sturz der Regierung Gömbös's, das Fiasko seiner Versuche vollzogen sich auch in Dimensionen, die mit den die Innenpolitik begleitenden Absichten der Armee nur metastatisch in Verbindung standen. Selbst die Nachhutgefechte austragende Marton-Gruppe – die in einzelnen Situationen auch die Rolle der Rechtsopposition Gömbös's spielte – formulierte keine Absichten, die auf den Einsatz der bewaffneten Macht in irgendeiner Weise hingewiesen hätten. Der Sturz der Regierung vollzog sich im übrigen traditionelleren Mitteln als die, welche Gömbös's zweite Regierung angewendet hat.

Der militärischen Führung stand natürlich ausser den erwähnten eine Anzahl anderer Mittel zur Verfügung um ihre Meinung im innenpolitischen Sinn zu äussern. Die prämiliterische Ausbildung, der sog. Nationalschutzdienst stellte solche Möglichkeiten dar, durch deren Ausnutzung man in einem sehr weiten Kreis der Gesellschaft mit den Ansichten der extremen Rechten konkurrieren konnte.

Die „Rechtspolitik“ des Heeres, der militärischen Führung wurde letztlich – gerade infolge der breiten Skala der ihr zur Verfügung stehenden Mittel – zum Teil jenes Prozesses, der sich in der ersten Hälfte der 30er Jahre in Ungarn abgespielt hat. Die Handlungen der militärischen Führung rezipierten – obwohl dies nicht das Privileg des Heeres war – in vielen Fällen die zur Differenzierung auch ansonsten geeigneten Ansichten der extremen Rechten, die somit mit einem grösseren Effekt dazu beitrugen konnten, dass die Rechtskräfte Raum gewinnen. Dies alles ging freilich ausserordentlich kompliziert vor sich, doch in ihren Auswirkungen konnten sie zum Vorspiel jener Ereignisse werden, die zu einer Identifizierung des Heeres und der Rechten in einem noch grösseren Ausmass beigetragen haben.

6. Die Rolle der militärischen Organe in der Beobachtung der Linksbewegungen, im Veranlassen der gegen diese eingeleiteten Ermittlungen und Verfahren, aber auch im Falle der im eigenen Wirkungskreis durchgeführten Ermittlungen brachten zum Ausdruck, dass diese Funktion primär die unter der Oberaufsicht des Innenministers stehenden Organe ausgeübt haben. Gegen Zivilpersonen wurde seitens der militärischen Strafverfolgungsorgane – grundsätzlich – nur in solchen Fällen eine Ermittlung eingeleitet, wenn die Verübung einer das militärische Interesse irgendeiner Art verletzenden Form der Spionage nachweisbar war.

Der militärischen Gegenwart, die in der Genese des konterrevolutionären Staates eine entscheidende und gestaltende Rolle übernommen hat, war nur noch ein seiner Funktion verlustiger Überrest vorhanden, als die

gemischten Brigadekommandos in regelmässig angefertigten Situationsberichten über das Politikum der Lage der Zivilbevölkerung, über die Arbeiterschaft und die Presse referierten.²³

Das wichtigste Subjekt der Tätigkeit der militärischen Organe, die die Beobachtung der linksgerichteten Manifestationen — oder auch mehr als das — auf sich genommen hat, war der sog. Nationalschutzdienst. Eine im Jahr 1925 erlassene Verordnung stellte dem Dienst weniger operative Aufgaben und stellte die Funktionen des Dienstes primär auf die Einholung von Informationen sowie auf die mit der „patriotisch nationalen Erziehung“ zusammenhängende Tätigkeit ein.²⁴ Im Frühjahr 1932 formulierten hingegen die gemischten Brigadikommandos — anhand einer Verfügung dezentralisierenden Charakters — solche Direktiven, die — vor allem durch Schaffung von Auslegungsmöglichkeiten — auch operativ gestaltbare Aufgaben dem Nationalschutzdienst gaben.²⁵

Die Rolle der militärischen Führung und des Heeres in ihrer Tätigkeit gegen die Linksbewegungen formulierten im grossen und ganzen jene Funktionen ohne Anomalien neu, welche die bewaffnete Macht im allgemeineren Sinn auf dem Gebiet der Innenpolitik übernommen hat: deren Charakter konkurrierte bloss zeitweise und stellenweise mit den Aufgaben der inneren und Magistratsverwaltung.

7. Wir halten es für wichtig die Ermittlungs- und Gerichtbarkeitstätigkeit der militärischen Organe von jenen Funktionen abzugrenzen, die das Heer im allgemeinen gegenüber den Linksbewegungen übernommen hat: die Ermittlungs- und Gerichtbarkeitstätigkeit konnte natürlich auch gegen die Linke angewandt werden, was auch geschah, die Mehrzahl der Angeklagten der sog. Landesverratsprozesse wurde aber — zumindest bis zur Mitte der 30er Jahre — nicht wegen ihres Linksverhaltens strafrechtlich verurteilt. Dies alles schloss natürlich nicht aus, dass die Anwendung der zur Verfügung stehenden Mittel in einzelnen Fällen einen konzeptionellen Charakter annehme.

Die Ermittlungs- und Gerichtsbarkeitstätigkeit der Militärorgane vollzog sich auf zwei — voneinander scharf abgegrenzten — Gebieten: in den Strafprozessen der Militär- und Zivilpersonen.

Die Anzahl der gegen Militärpersonen eingeleiteten Strafprozesse wurde durch die Disziplinarbefugnis der Kommandanten eingeschränkt. Die militärischen Organe und Gerichte gingen gegen Mitglieder der bewaffneten Macht in solchen Fällen vor, in denen die Verantwortlichmachung mit einem die Disziplinbefugnis übersteigenden Charakter, z. B. durch den politischen Inhalt des Tatbestandes, begründet war. Es lag auf der Hand, dass in den Verrats-, also die Spionage in irgendeiner Form realisierenden Prozessen von Militärpersonen die bemessenen Strafen unzweideutig die Aufgabe der Abschreckung übernommen haben.²⁶

Die Innenpolitik war eher von jenen Prozessen betroffen, die Militärorgane gegen Zivilpersonen führten. Die Praxis dieser Prozesse wies darauf hin, dass das, was der Generalstab und das Innenministerium geformt haben, im grossen und ganzen verwirklicht wurde: die Polizei und die Gendarmerie übergab die Verdächtigten und Beschuldigten, die Infor-

mationen einzuholen trachteten, die als solche militärischer Natur erklärt wurden, noch in der Ermittlungsphase den militärischen Organen. Auch die Gegenseitigkeit hatte eine gewisse Praxis. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die in der Begründung der Urteile aufgenommenen Tatbestände – eine Überprüfung des Ermittlungsmaterials im archivalischen Sinn in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle nicht möglich ist – zu Folgerungen kaum geeignet sind, in einigen Fällen können sie aber auch in diesem Sinn das repräsentieren, dass die Tatbestände der vorgebrachten Beschuldigungen lückenhaft waren.²⁷ Ebenso erschwert das mangelhafte Ermittlungsmaterial die Beantwortung der Frage, ob im Laufe des Ermittlungs- und Strafverfahrens gegen linksorientierte Personen die „Militärisierung“ des Tatbestandes einen Konzeptionscharakter hatte.²⁸ Allerdings müssen wir bei dieser Annahme darauf hinweisen, dass die der nicht militärischen Strafgerichtsbarkeit zur Verfügung stehenden Mittel genausolche Möglichkeiten gewährleisteten, wie wenn das Urteil von Militärgerichten gefällt wurden, somit drängten verschiedene Interessen nicht die Lösungen derartigen Charakters. In einzelnen Fällen war es hingegen eindeutig, dass in der Ermittlungs- und Gerichtspraxis der Militärorgane persönlichen Überlegungen entspringende Bestrebungen, Pressionen Platz finden konnten.²⁹ Die Durchführung vor Verfahren, die Konzeptionselemente enthielten, konnte in der Ermittlungs- wie auch in der Gerichtsphase durch mehrere Faktoren gefördert werden. Von diesen konnte namentlich die Betonung von Defensivinteressen anwendbar werden. Die anscheinend konzeptionellen Verratsprozesse bildeten in der ersten Hälfte der 30er Jahre noch keine Tendenz, daher vermochten sie in den Funktionen des Heeres mit innenpolitischem Charakter, höchstens episodenhafte Anomalien Verursachen.

8. Die Entscheidungen über die Einschränkung der politischen Freiheitsrechte gehörten zum Wirkungskreis des Ministerrats, die Aufgaben der Durchführung übernahmen die innere und die Munizipalverwaltung. Die militärische Gegenwart zeigte sich bei der Ausgestaltung von Verfügungen, die sich auf eine Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes bezogen sowie in der Praxis dieser Rechtsnormen nur in minimalem Ausmass, hingegen schuf die militärische Führung einen derartigen Einfluss – und nicht nur den Versuch dessen – auf den verschiedenen Gebieten der Zensur, dass dies die innenpolitischen Funktionen des Heeres im allgemeinen Sinn im hohen Masse übertraf.

Ein Beispiel für die Tätigkeit der militärischen Kreise im Zusammenhang mit der Presse kann jene Zusammenarbeit sein, die das Präsidium des Ministeriums für Landesverteidigung mit der Presseabteilung des Ministerpräsidiums ausgestaltet hat. Diese gestalteten zu einer Zeit die Beziehungen zwischen den Leitern der beiden Organe: Döme Sztojakovits und István Antal. Die militärischen Ansprüche wurden im gesteigerten Ausmass in jener Praxis befriedigt, die das erwünschte Ziel nicht mit strafrechtlichen Mitteln, sondern durch Anwendung der der Verwaltung zur Verfügung stehenden Mitteln erreichte. Am 12. April 1935 schrieb z. B. István Antal an Sztojakovits, der zwischen den beiden Berliner Akkredi-

tierungen das Präsidium des Ministeriums für Landesverteidigung leitete – indem er darüber berichtete, dass er den Chefredakteur der *Est-Blätter* wegen eines konkreten Einwands aufmerksam gemacht hat, dass er in ähnlichem Fall dem Innenminister eine Retorsion beantragen werde – : „... ich bitte dich dringend, wenn die Referenten des Ministeriums für Landesverteidigung, die zur Beobachtung der Presse von diesem Gesichtspunkt aus bestellt sind, Massnahmen erfordernde Mitteilungen finden, die das Militär- oder Offiziersprestige verletzen mögen sie auf diese die Aufmerksamkeit meiner Sektion immer kurzerhand wenden.“³⁰

Die Tätigkeit der militärischen Führung auf dem Gebiet der Einschränkung der politischen Freiheitsrechte kam im organisatorischen und konkreten Sinn mit grösstem Effekt in Fragen der Filmzensur zur Geltung, während sie im Falle der Theatervorstellungen Kompromisslösungen zustande brachte.³¹

Obwohl das Bild nicht eindeutig ist, dürfen auch die nicht honorierten Ansprüche der Militärorgane nicht ausser acht gelassen werden: diese brachten auf dem Gebiet jene Variante zum Ausdruck, die eine Einschränkung der politischen Rechte in einem grösseren Ausmass anstrebte und die bestehende Praxis für unzureichend hielt.

*

Die innenpolitische Rolle des ungarischen Heeres trug in der ersten Hälfte der 30er Jahre eher im Zeichen der Weisung nach vorne als zurück zu dem Prozess bei, der auf die Schaffung, die Ausgestaltung einer rechtsorientierten Variante der Bethlenschen Konsolidation ausgerichtet war. Auch die durch mehrere Kanäle laufenden Verbindungen zwischen der militärischen Führung und der Rechten unterschieden sich nicht von jenen Lösungen, die die politische Führung im Rahmen der Förderung, der Duldung und des Verbots zustandegebracht hat. Die militärische Führung konnte hingegen, durch Festlegung ihrer eine radikalere Revision der Struktur formulierenden Absicht, dem Ausdruck verleihen, dass das Heer unter gewissen Umständen auch im grösseren Ausmass darin mitzuwirken bereit ist, was schon einen Abbruch der statischen Elemente der Bethlenschen Konsolidation zur Folge haben könnte.

ANMERKUNGEN

¹ Országos Levéltár (Staatsarchiv; im weiteren OL) R. 226/1289.

² OL. K. 149. Belügyminisztérium (Innenministerium; im weiteren BM) 138. 1932 – 1 – 3239.

³ OL. K. 149. BM. 138. 1932 – 1 – 8861, 146. 1932 – 6 – 7099. Vgl.: Hadtörténeti Intézet Levéltára (Archiv des Kriegshistorischen Instituts; im weiteren HIL) Honvédelmi Minisztérium (Ministerium für Landesverteidigung; im weiteren HM) 1936. Eln. A. I/a. 2442. 108167.

⁴ OL. K. 149. BM. 132. 1931 – 1 – 4550.

⁵ HIL. HM. 1935. Eln. I/a. 2290, 3370; OL. Filmothek. Protokoll des zwischen dem 20. Februar und 5. März 1931 abgehaltenen Kronrates.

⁶ Im Zusammenhang mit einigen Fällen siehe: HIL. HM. 1936. Eln. 13. 2531. 17198, 20534, 26787.

⁷ HIL. HM. 1936. Eln. A. I. 2439, 3187.

- ⁸ HIL. Legfelsőbb Elhatározások (Allerhöchste Entschlüsse) 61. 284. titk. K. L. — 1930, 62. 2628/K. I. — 1931, OL. K. 149, BM. 134. 1931 — 7 — 7612 — 6214, HIL. HM. 1942. Eln. 13. 63273.
- ⁹ OL. K. 149, BM. 134. 1931 — 6 — 7457, 154. 1933 — 7 — 3102.
- ¹⁰ Siehe z. B.: HIL. HM. 1934. Eln. I. 2143, 4017.
- ¹¹ HIL. HM. 1935. Eln. 1/a 2290, 128002, HM. 1936 Eln. 1/a 4250, 109594, 112402, Vezérkari Főnökség (Generalstabschef; im weiteren VKF), 1936. I. 181, 1550.
- ¹² Vgl. z. B.: HIL. HM. 1935. Eln. I. 2288. 107084; 1935. 3238. 108494.
- ¹³ HIL. HM. 1930. Eln. 15. 1697.
- ¹⁴ Zirkulärerlass Nr. 3892/Eln. — 1933. Honvédségi Közlöny, 15. Juni 1933.
- ¹⁵ G. A. 26/1930. Durchführungsverordnung: V. Nr. 3260/1930. M. E. Belügyi Közlöny, 3. August 1930.
- ¹⁶ HIL. VKF. 1930. I. 99. Eine ministerielle Verordnung ermöglichte bei den Rennen nur den Start von Pferden ungarischer Züchtung.
- ¹⁷ G. A. 3/1931. Durchführungsverordnung: V. Nr. 11720/17/1931. H. M. Belügyi Közlöny, 22. März 1931.
- ¹⁸ Siehe z. B.: OL Filmothek. 980. Protokoll des am 21. 21. September 1928 abgehaltenen Ministerrates.
- ¹⁹ Bethlen István titkos iratai (Geheimakten von István Bethlen). Budapest, 1972. S. 317, 339 — 343.
- ²⁰ A. a. O. S. 385 — 386, 411 — 413.
- ²¹ A. a. O. S. 371 — 374, 387 — 388.
- ²² HIL. VKF. 1934. I. 150. 105353.
- ²³ Vgl. z. B.: HIL. HM. 1934 Eln. I. 2145. 107689, HM. 1934 Eln. I. 2146. 115455.
- ²⁴ HIL. 101640. titk. (K. I. — 1925, 104. Ordner. Nemzetvédelmi iratok (Nationalschutzakten). 1932 — 1944.
- ²⁵ 103538/Eln. 1932. HIL. 104. Ordner. Nemzetvédelmi iratok (Nationalschutzakten). 1932 — 1944.
- ²⁶ HIL. HM. 1933. Eln. 13. 2058. 763, HM. 1933. Eln. 13. 2059. 9430, HM. 1934. Eln. 13. 2187. 6057, HM. 1934. Eln. 13. 2588. 9008, HM. Eln. 13. 2323. 10173, HM. 1936. Eln. 13. 2532. 2052. 23376, HM. 1936. Eln. 13. 2533. 1496.
- ²⁷ Vgl. z. B.: HIL. HM. 1936. Eln. 13. 2532. 1087.
- ²⁸ Z. B.: HIL. HM. 1935. Eln. 13. 2324. 6842.
- ²⁹ HIL. HM. 1935. Eln. 13. 2325. 5129.
- ³⁰ HIL. HM. 1933. Eln. I. 2029, VKF. 1933. I. 129. 1026, OL. K. 149. BM. 164. 1935 — 3 — 7199.
- ³¹ HIL. HM. 1934. Eln. I. 2144. 8815, HM. 1933. Eln. I. 2029.